Ähre Naturwaren

Bei uns bekommen Sie:
Naturkost,
Naturtextilien,
Ostheimer Spielzeug,
Wala- und Weleda-Kosmetik,
umweltfreundliche Waschmittel,
Naturfarben,
UWS-Schreibwaren,
Stockmar-Artikel,
Bienenwachskerzen

Öffnungszeiten:
Mo. - Fr. 8.30 - 18.00 Uhr
Sa. 8.30 - 13.00 Uhr
Hofholzallee 151
2300 Kiel 1
Tel. 0 431 - 52 95 13

Guten Appetit
καλή όρεξη

RHODOS

Griechisches
Spezialitäten-Restaurant
Inh. Konstantin Spyrou
Dorfstraße 3 - 2300 Kronshagen
Telefon 0431 / 58 28 85

Betreute Grundschule !!!

Die von der AsF (Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen) in Gang gebrachte Diskussion über die Einrichtung einer "Betreuten Grundschule" in Kronshagen hat in den vergangenen Wochen so viel Triebkraft erhalten, daß die "Betreute Grundschule" wahrscheinlich schon in den nächsten Monaten Wirklichkeit werden kann! Dazu trug maßgeblich eine von Elisabeth Ratzow ins Leben gerufene überparteiliche Elterninitiative bei, die bei einer Fragebogenaktion an beiden Grundschulen feststellte, daß eine solche Einrichtung notwendig ist und von den Eltern begrüßt wird. Die danach von der Elterngruppe erarbeiteten Vorschläge zur Gestaltung der "Betreuten Grundschule", über die auch Bürgermeister Dr. Darsow informiert wurde, sehen vor:

1. Halbtagsbetreuung in kommunaler Trägerschaft ab 7 oder 7.30 Uhr bis Unterrichtsbeginn und ab Unterrichtsende bis 13 Uhr;
2. Bereitstellung geeigneter Räume für beide Grundschulen gemeinsam: Spielraum und Ruheraum, auch geeignet für die Erledigung von Hausaufgaben;

3. Betreuung durch Fachkräfte (Start mit zwei Fachkräften);
4. angemessene Kostenbeteiligung der Eltern, die ihre Kinder zur Betreuung anmelden (evtl. Orientierung an den Hortbeiträgen).

Mit einem Antrag an die Gemeindevertretung hat auch die CDU-Fraktion signalisiert, daß sie die Halbtagsbetreuung im Grundschulbereich befürwortet. Es kann also parteiübergreifend an einer zügigen Verwirklichung gearbeitet werden. Der erste Schritt hierzu ist getan: Der Ausschuß für Schule und Kultur hat beschlossen, der Gemeindevertretung vorzuschlagen, daß sie die Verwaltung mit der möglichst schnellen Klärung der räumlichen, personellen und finanziellen Voraussetzungen auf der Grundlage der vier oben genannten Punkte beauftragt. Hoffen wir -last but not least- auch auf baldige positive Beschlüsse der Schulkonferenzen von Brüder-Grimm-Schule und Eichendorff-Schule! Margarete Haller stellv. Vorsitzende des Ausschusses für Schule und Kultur

KURZ notiert...

Darf ich mein Shreddergut für den Eigenbedarf mitnehmen? So lautet die Frage eines Bürgers in der letzten Fragestunde der Gemeindevertretung. Die Antwort des Bürgermeisters: Bisher wurde das Shreddergut in den gemeindeeigenen Grünanlagen verwendet, gewissermaßen als Gegenleistung für den Einsatz von Personal und Gerät der Gemeinde bei dieser Aktion. Erfreulicher Nebeneffekt der Baum- und Strauchschnittbeseitigung war und ist das Vermeiden der umweltfeindlichen und nachbarunfreundlichen Verbrennung. Aber, so der Bürgermeister, man werde darüber nachdenken, ob künftig dem Bürger sein Shreddergut zum Eigenbedarf mitgegeben werden kann. Nachdenken sollten aber auch die Bürgerinnen und Bürger, die mit und ohne blaue Mülltüten das Angebot der Gemeinde zur Müllentsorgung ihrer Vor- und Hausgärten mißbraucht haben. Sonst könnte ein für alle segensreiches Angebot wieder eingestellt werden. Gemeindearbeiter sind keine Müllentsorger.
Theodor Sakmirda

kontakte

Sozialdemokratische Bürgerzeitung für Kronshagen

17. Jahrgang

November 1990

Wohn- raum

Wasser- preise

Strom- kosten

Gemeindevertretung am 30. Oktober 1990
Der öffentliche Teil der letzten Sitzung der Gemeindevertretung ließ keine Rückschlüsse auf den nahen Bundestagswahltermin zu. Mit großer Sachlichkeit wurden die einzelnen Tagesordnungspunkte diskutiert.

Ein CDU-Antrag "Schaffung von Wohnraum" fand allgemeine Zustimmung. Dieser Antrag, bereits im Bauausschuß beraten, appelliert an die Freiwilligkeit von Hauseigentümern, vom möglichen Dachgeschoßausbau Gebrauch zu machen. Er wendet sich weiter an Eigentümer unbebauter Grundstücke, sogenannter Lücken, diese baulich zu nutzen.

Mit dieser Information folgte "Kontakte" einer Anregung aus der Gemeindevertretung, Bürgerinnen und Bürger anzusprechen, die mit einem Dachgeschoßausbau bzw. mit der Nutzung eines unbebauten Grundstückes zur Entlastung des Wohnungsmarktes beitragen können.

Die SPD schob einen konkreten Antrag nach, um den akuten Mangel an Mietwohnungen zu mindern. Ihr Antrag fordert die Verwaltung auf, ein Baugebiet auszuweisen mit der Auflage zur vorzugsweisen Errichtung von Geschoßwohnungsbau. Nur so, meint die SPD, sei bei sparsamsten Bodenverbrauch ein nennenswertes Angebot von Wohnungen zu erstellen. Der Bauausschuß, so der einstimmige Beschluß der Gemeindevertretung, soll sich mit diesem Antrag nun weiter befassen.

Foto: Tretow

Wasser läuft und läuft

Mit Wasser beschäftigt sich auch der Arbeitskreis "Bewahrung der Schöpfung" an der Christuskirche Kronshagen. In einem Fallblatt (Kontakte erhielt ein Vorab-Exemplar) wendet sich der Arbeitskreis an die Kronshagener Bürgerinnen und Bürger. Der Inhalt: "Wasser als Lebensraum und Lebensmittel" lohnt ein Gespräch in der Familie, mit den Kindern und den Nachbarn. Die Verteilung erfolgt mit den nächsten kirchlichen Nachrichten der Christuskirche.

Die Versorgungsbetriebe hatten 1989 gut gewirtschaftet. Der Gewinn von 370 000 DM, so der Beschluß der Gemeindevertretung, soll dem Gemeindehaushalt zugeführt werden. Die SPD-Fraktion machte für die Weiterverwendung gleich einen konkreten Vorschlag: das Geld für die Erschließung des im SPD-Antrag geforderten Baugebietes in den Haushalt 1991 einzusetzen.

Ein weiterer Punkt der Tagesordnung war die Neugestaltung des Tarifes für die Versorgung mit elektrischer Energie. Ihr liegt die Absicht zugrunde, bei ermäßigter Grundgebühr und erhöhtem Kilowattpreis den Energiesparegedanken zu fördern. Wer seine Verbrauchsgewohnheiten noch einmal überprüft, kann die Erhöhung der Energiekosten von ca. 8% durch Einsparung wieder auffangen.

Ähnlich dachten die umweltbewußten Mitglieder in beiden Fraktionen bei der Vorlage über eine Wasserpreiserhöhung. Ihnen machte aber der SPD-Fraktionsvorsitzende Lubinski einen Strich durch die Rechnung. Mit Hinweis auf die Satzung erklärte er: Wasser ist lebenswichtig und als Lebensmittel unverzichtbar. Sein Verkauf darf nur die entstehenden Kosten für die Förderung bis zur Entnahme beim Verbraucher decken.

Die Notwendigkeit einer Wasserpreiserhöhung aus diesen Gründen war aus der Beschlußvorlage nicht erkennbar. Die Verwaltung muß nun eine detaillierte Kostenrechnung erstellen und vom Ausschuß neu beraten lassen.
Theodor Sakmirda

Damit aber nicht genug. Die Haushaltsberatungen für den Haushalt 1991 stehen ins Haus. Bestandteil dieses Haushaltes ist auch der Stellenplan. Veränderungen im Personalhaushalt werden sicherlich angestrebt. Ein Gutachten über die Verwaltung mit Vorschlägen für eine neue Organisationskonzeption liegt seit langem vor. Einmal wurde schon kurz darüber beraten. Eine grundsätzliche Auseinandersetzung mit den Inhalten sollte folgen. Bisher - trotz wiederholter Anmahnung durch die SPD-Fraktion - hat keine Beratung stattgefunden. Ein Gutachten (Kosten: Einige 10000 DM) liegt in der Schublade. Der zuständige Hauptausschuß kann nicht beraten, da der Bürgermeister als Ausschußvorsitzender die Thematik nicht auf die Tagesordnung setzt. Unter dem Zeitdruck der Haushaltsberatungen wird sich die SPD-Fraktion nun aber nicht in eine Beratung - sollte sie denn noch vorgesehen sein - hineinzwingen lassen.

Die SPD hat im ersten Jahr der Amtsführung des Bürgermeisters geduldig - wenn auch auf die Mängel hinweisend - die Fehlleistungen des Bürgermeisters hingenommen. Eine Einarbeitungszeit sollte jedem zugestanden werden. Nunmehr aber ist - so meine ich - die Schonzeit endgültig abgelaufen. Die SPD wird, insbesondere aufgrund der mangelhaften Lernfähigkeit, ihre Zurückhaltung im Verhalten gegenüber dem Bürgermeister aufgeben müssen.

Die Zeit bis zur letzten Sitzung des Gemeindeparlaments im Dezember läuft. Die Haushaltsberatungen geben uns die Gelegenheit, auch über den Verwaltungschef zu sprechen. Bis dahin hat er noch eine Chance. Eine Frage sei hier noch erlaubt: Was unternimmt eigentlich die Mehrheitsfraktion, um die erkannten Mängel in der Verwaltungsleistung abzustellen?

Ihr
Cord P. Lubinski

Bodenbelastung: Ja! Gefährdungspotential: ? Kleingartenanlage Rosenau

Es ging durch die Presse. Die Kleingartenanlage meldete im vergangenen Jahr "Landunter". Die Kopperpähler Au war über die Ufer getreten. Kleingartenpächter fragten die Gemeindeverwaltung Kronshagen, ob durch diese Überschwemmung eine Belastung der Böden mit Schadstoffen erfolgt sein könnte. Die Verwaltung verneinte eine solche Möglichkeit. Die Aussage wurde auf der Basis eines durch das Städtische Laboratorium, Fachinstitut für Gas, Wasser und Abwasser erstellten Gutachtens getätigt. Der Auftrag für das Gutachten wurde unter dem 27.2.90 erteilt. Das Gutachten selbst stammt vom 15.6.90 auf der Basis von drei an verschiedenen Stellen entnommenen Bodenproben.

Die Gemeindevertretung - der Umweltausschuß und der Kleingartenausschuß wurden nicht mit dem Ergebnis dieser Untersuchung und den Auskünften gegenüber betroffenen Kleingärtnern vertraut gemacht. Eine Beratung findet erst jetzt aufgrund des Antrages der SPD-Fraktion (nach Akteneinsicht) im Umwelt- und im Kleingartenausschuß statt. Dann wird abschließend zu klären sein, ob die mit Schwermetallen kontaminierten Böden - wenn dies auch nicht durch die Überschwemmung verursacht wurde - eine Gefahr darstellen. Der Bürgermeister war im Hauptausschuß der Auffassung, daß diese Untersuchung nicht der Öffentlichkeit bekanntgegeben werden solle. Er wollte unnötige Unruhe unter der Bevölkerung vermeiden. In der alten konservativen Weisheit verhaftet, daß "Ruhe die erste Bürgerpflicht" sei. Er kann bei einer gestiegenen Aufmerksamkeit gegenüber Umweltproblemen jedoch eine Aussage wohl nicht unterdrücken wollen die ganz zuletzt im Gutachten steht: "Einige Metallkonzentrationen (Probe 2; Cu, Zn; Pb) nähern sich der Grenze des noch tolerierbaren Bereichs oder überschreiten diesen noch gering (Probe 1: Pb) bzw. deutlich (Probe 1: Ni).

Für ein gesundes Wohnen und Schlafen

- Vollholzmöbel
- Vollholzbetten
- Naturmatratzen
- Bettdecken
- Kissen
- Öle und Wachse

**Wohnen
mit
Holz**

Holtener Str. 252
23 Kiel. Tel. 35 50 6

Mo 15-18 Uhr, Di-Fr 10-13 u. 15-18 Uhr, Sa 10-13 Uhr

Durchgewachsene Knicküberbehälter im Bereich der Kronshagen-Ottendorfer Au.

Ja, damals...

Civic • CRX • Concerto
Accord • Prelude • Legend

HONDA
JAPAN MOTOR
Eckernförder Straße 334-336 • 2300 Kiel I
☎ 04 31 - 54 10 51

Kein Grünkonzept für Kronshagen?

Wann ist in Kronshagen bei einer Bauplanung der örtliche Landschaftsplan der erste Ratgeber?

Der in Kronshagen bestehende Landschaftsplan dient zur Einbeziehung bei der gemeindlichen Bauleitplanung. Zur Verhinderung oder Beschneidung von Bauabsichten ist dieser Landschaftsplan nie gesehen und bestimmt worden. Die Erstellung

ist daher milde und moderat ausgefallen. Die Ergänzung des Landschaftsplans durch eine Gemeindeumwelterhebung (diese ist in Vorbereitung) erscheint als Konzept zur besseren Durchsetzung von Umweltschutz und Landschaftspflege für Kronshagen nötig. Eine immer ausgedehntere und enger werdende Besiedelung bedarf einer Grün- und Landschaftssicherung.

Bürgerinnen und Bürger müssen für ihr Wohnumfeld und ihre Naherholung diese fachlichen Aussagen zum Erhalt und zur Verbesserung von Ökosystem einfordern und erhalten.

Bärbel Adler-Schmidt
stellv. Vorsitzende im Ausschuß
für Umweltschutz und Landschaftspflege

Kultur im Bürgerhaus

Für 1991 hat der Kulturausschuß auf Anregung der SPD-Fraktion ein anspruchsvolles Kulturprogramm beschlossen. Es beginnt am 13. Januar mit einem Klavierkonzert von Manfred Grasse. Im April und September/Oktober sind Jazz-Festivals geplant und im Februar/März ist Kammermusik im Angebot. Einen weiteren Jazz-Leckerbissen bietet die SPD-Kronshagen mit ihrem traditionellen Jazz-Frühshoppen am ersten Sonntag des neuen Jahres ab 11 Uhr.

Ehrung beim Siedlerbund

Auf seiner letzten Mitgliederversammlung konnte der Kronshagener Siedlerbund viele Ehrungen des Landesverbandes vornehmen. Zum ersten Mal in seiner Geschichte hat der Landesverband eine ganze Gruppe für ihren

Einsatz geehrt. Kreisvorsitzender Siegfried Schmidt verlieh der Frauengruppe Kronshagen die bronzene Ehrenbroche für ihre engagierte Nachbarschaftsarbeit in Kopperpahl. Zu den so geehrten gehören Lisette Gärtner, Erna Gampe, Lilo Hardt, Ella Hörlein, Roswitha Medrikat, Eva Müller, Gretl Naß, Elke Neustädt, Lena Plew, Edith Schröder, Frauke Sengewitz, Elfriede Spangehl, Hertha Voßberg, Erika Weskamp und Emmi Wilhelm.

Höhepunkt des Abends war dann die Verleihung der goldenen Ehrennadel an den kronshagener Ehrenvorsitzenden Walter Weskamp. Der Vorsitzende Peter Schlerff und Bürgervorsteher Wilhelms würdigten die Arbeit von Walter Weskamp, der seit Anfang der 50er Jahre dem Deutschen Siedlerbund in den verschiedensten Ämtern - zuletzt seit 1978 als Vorsitzender - gedient hat.

Kultur- und Sport- angebote für Arbeitslose

Im nächsten Jahr wird auch die Gemeinde Kronshagen ihren arbeitslosen Bürgerinnen und Bürgern einen Kulturpaß anbieten. Wie der Vorsitzende des Sozialausschusses Wolfgang Weskamp mitteilte, gibt es ab 1. Januar einen solchen Paß beim Sozialamt, der für eine Vielzahl von Sport- und Kultureinrichtungen Ermäßigungen oder sogar kostenlose Angebote enthält.

*Restaurant
im
Bürgerhaus*

Öffnungszeiten: täglich ab 11.30 - 24.00 Uhr · Samstag ab 17.00 - 24.00 Uhr
Warme Küche bis 23.30 Uhr

Wir freuen uns auf Ihren Besuch.

Kopperpähler Allee/Ecke Eichkoppelweg · 2300 Kronshagen

☎ (0431) 580052

Oskar Lafontaine:

"Unser Weg zu einem modernen Deutschland"

Die Einheit ist erreicht. Wie geht es weiter ?

Erst wenn unter dem staatlichen Dach nicht mehr zwei Gesellschaften leben, wird Deutschland wirklich vereint sein. Im übrigen denke ich, die deutsche Einheit bietet große Chancen zur Verbesserung der Lebensbedingungen.

Die neuen Bundesländer müssen ihre Wirtschaft umstrukturieren. Dazu fehlen viele der notwendigen Rahmenbedingungen. Wir brauchen eine öffentliche Industriepolitik und Qualifizierungsmaßnahmen für Arbeitslose oder von Arbeitslosigkeit bedrohte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Die öffentliche Infrastruktur ist auszubauen. Es geht um Straßen, Schienennetze, um eine moderne Energieversorgung und um ein neues Telefonnetz. Außerdem müssen wir etwas gegen die Wohnungsnot in beiden Teilen Deutschlands tun.

Die Einheit muß solide finanziert werden.

Wir Sozialdemokraten sind bereit, die deutsche Einheit solide zu finanzieren. Mit unserem Konzept aus Einsparungen und Haushaltsumschichtungen, aus Abbau der Rüstungsausgaben, Verzicht auf überflüssige Steuergeschenke für Spitzenverdiener und Unternehmen und aus einem Solidarbeitrag der Höherverdienenden wollen wir die Herausforderung bewältigen. Das Geld, das wir bisher für die Kosten der Teilung aufgebracht haben, muß künftig den neuen Ländern zugute kommen. Ebenso muß das Vermögen der SED/PDS und das der alten Blockparteien für den Aufbau der neuen Länder eingesetzt werden.

Generell gilt: Auf uns alle kommen durch die Vereinigung auch erhebliche Belastungen zu. Diese Lasten müssen auf viele starke Schultern verteilt werden.

Kernpunkt unseres Regierungsprogramms: Der ökologische Umbau.

Unser Programm ruht auf drei Säulen: auf einer Reform des Steuersystems, auf einem Abgabensystem und auf dem staatlichen Ordnungsrecht. Das wichtigste jedoch ist die Reform unseres Steuersystems.

Wir wollen, daß jeder am ökologischen Umbau unserer Industrie-Gesellschaft mitarbeiten kann. Die besten Voraussetzungen dafür schafft eine staatliche Preissetzung über die Steuern. Lohn- und Einkommensteuern werden wir senken, Sozialleistungen und Renten werden wir erhöhen. Aber die Preise für Gas, Benzin und Öl müssen zum Sparen anreizen. Unser Motto: Wer Energie spart, gewinnt; wer Energie verschwendet, verliert.

Wir werden das Energiesparen mit öffentlichen Zuschüssen fördern. Wir wollen ein Tempolimit, eine Abgabe auf alle Luftschadstoffe und den Ausstieg aus der Kernenergie. Und wir wollen den Schutz unserer Umwelt im Grundgesetz verankern.

Das Leben in den westlichen Industrie-Nationen gleicht einer Kreuzfahrt auf der Titanic: Auf dem Oberdeck wird kräftig gefeiert, unterhalb der Wasserlinie ist das Schiff bereits leckgeschlagen. Im Zentrum des sozialdemokratischen Regierungsprogrammes steht die ökologische Erneuerung unserer Industrie-Gesellschaft. Es geht darum, eine neue Form der Solidarität zu erlernen: Wir dürfen nicht länger nur an uns und unsere Zeitgenossen denken; unsere Solidarität muß auch den Generationen gelten, die nach uns kommen.

Unsere Familienpolitik soll das Zusammenleben mit Kindern fördern !

Die Bundesregierung hängt einem falschen Familienbegriff nach: Sie fördert nicht das Zusammenleben mit Kindern, sondern das Zusammenleben von Erwachsenen.

Ein gut verdienendes Ehepaar, das die Vorteile des Ehegatten-Splittings nutzt, genießt pro Jahr Steuervorteile von rund 20.000 Mark. Demgegenüber wird ein Alleinverdiener mit einem Kind im Jahr nur mit rund 1000 Mark gefördert. Ein solches System ist unsozial, es entspricht nicht mehr den Anforderungen unserer Zeit. Und es entspricht nicht der Situation in der ehemaligen DDR: Was nützen denn Kinderfreibeträge bei einem Einkommen von 600 Mark netto?

Wir wollen ein erheblich höheres Kindergeld: 200 Mark monatlich für jedes Kind und einen Familienzuschlag von 100 Mark pro Monat und Kind ab dem vierten Kind.

Die Arbeit muß familiengerechter werden.

Die Gleichstellung der Frau wird erst möglich, wenn sich Beruf und Familie miteinander vereinbaren lassen. Deshalb brauchen wir kürzere Arbeitszeiten für alle. Beruf und Familienarbeit müssen gerecht aufgeteilt werden können. Wir brauchen mehr Arbeitsplätze für Frauen und mehr gesellschaftliche Arbeit für Männer.

Frauen mit kleinen Kindern werden heute aus ihrem Beruf getrieben. Sie müssen zu Hause bleiben, weil nur 60 von Hundert Kindern einen Kindergartenplatz bekommen, weil für nur drei von Hundert Kindern ein Krippenplatz vorhanden ist. Wir werden einen Rechtsanspruch auf Kindergartenplätze schaffen. Die Eltern sollen die Wahl haben zwischen einem bezahlten Erziehungsurlaub von bis zu drei Jahren je Kind und dem Anspruch auf einen Kinderkrippenplatz.

Wir brauchen 500.000 neue Wohnungen !

Wir brauchen in Deutschland 500.000 neue Wohnungen, darunter mindestens 100.000 echte Sozialwohnungen. Im Unterschied zur Bonner Regierung werden wir die Wohnungen mit langfristigen Mietpreis- und Belegungsbindungen ausstatten. Dieses Programm schafft nicht nur den dringend benötigten Wohnraum, vor allem für Familien mit Kindern und Alleinerziehende. Es schafft auch Arbeitsplätze.

WIR STELLEN VOR:

Ulrike Mehl

Bundestagskandidatin der SPD

K.: Wie wollen Sie Ihre Umweltpolitik im Bundestag verwirklichen ?

Die Arbeit in einem Umweltverband ist natürlich etwas anderes als die in der Verantwortung eines politischen Mandates d. h. der Umweltschutz kann für mich als Abgeordnete nur ein Schwerpunkt sein, selbstverständlich müssen im Wahlkreis auch andere wichtige Aufgabenfelder bearbeitet werden. Nur sehe ich eben den Erhalt bzw. die Wiederherstellung eines funktionierenden Naturhaushaltes für eine grundlegende Zukunftsarbeit an. Was nützen uns Arbeitsplätze, wenn wir durch die belastete Atemluft krank werden, was nützt ein enges soziales Netz, wenn wir kein reines Wasser zum trinken mehr haben, was nützt uns die Vielfalt im Warenangebot, wenn tausende von Menschen an falscher Ernährung erkranken, dies kostet uns z. B. 42 Millionen Mark im Jahr.

Die SPD ist die einzige mehrheitsfähige Partei, die die Verantwortung nicht länger verschieben will, sondern auch bereit ist, an unbequemen Punkten anzupacken: sie will eine Energiesteuer, die vor allem jene trifft, die viel Energie verbrauchen, sie will Energiesparen belohnen z. B. dadurch, daß auch die Menschen, die den Weg zum Arbeitsplatz in Fahrgemeinschaften, per Bus oder Rad eine Kilometerpauschale angerechnet bekommen können (bei Wegfall der KFZ Steuer für alle) oder auch die Bevorzugung des Einsatzes umweltfreundlicher Technologien in der Wirtschaft. Die SPD will eine Verpackungssteuer für Einwegverpackungen, sie will eine umweltverträglichere Landwirtschaft, für die Natur, die Verbraucher, aber auch für die Erhaltung unserer Hofstruktur d.h. der Arbeitsplätze. Es soll unter sozialdemokratischer Führung eine Luftschadstoff-, eine wirksamere Abwasserabgabe geben und ein griffigeres Umweltordnungsrecht, sowie Verbote für schädliche Stoffe wie FCKW, was ja bekanntermaßen die lebensnotwendige Ozonschicht unserer Atmosphäre zerstört.

Alles Punkte aus dem Programm Fortschritt 90, das sich natürlich auch noch mit allen anderen Politikfeldern befasst. Ein wichtiger Gedanke dabei ist, daß dies alles durch eine gerechtere Umverteilung der Gelder geschehen muß und nicht nach dem Motto gehen darf: Gewinne privatisieren, Verluste sozialisieren, d.h. Umweltschäden bezahlen alle,

wer daran verdient hat behält den Gewinn für sich. Es muß vielmehr nach dem Verursacherprinzip gehen d.h. wer einen Schaden verursacht, muß grundsätzlich dafür geradestehen.

K.: Glauben Sie, daß dies die Lösung aller Umweltprobleme ist ?

U. Mehl: Eines müssen wir uns immer wieder klar machen: Patentrezepte für alles gibt es nicht ! Die Ökologie ist ein so fein austarriertes Netz, daß die schon an vielen Stellen eingerissenen Löcher nicht durch einen Streich zu reparieren sind. Es gibt aber einige gemeinsame Ursachen, wie der wahnsinnige Energieverbrauch der westlichen Welt. Und eben hier setzt das SPD-Konzept völlig richtig an. Dies ist der Beginn von Lösungswegen, die sich mit den Problemen weiterentwickeln müssen. Die CDU ist dagegen weiterhin im Stadium des Reparaturbetriebes stecken geblieben und wird so den Problemen immer hinterherlaufen statt sie zu lösen. Wenn wir insgesamt so weitermachen, wird es sicherlich noch sehr dramatische Entwicklungen geben - ich nenne nur das Stichwort Dritte Welt.

K.: Frau Mehl, wenn Sie drei Wünsche frei hätten, was würden Sie sich dann wünschen ?

U. Mehl: Als erstes, daß der in allen Bürgerumfragen mit Abstand an erster Stelle rangierende Umweltschutz nicht nur in den Köpfen der Menschen an der Spitze steht,

sondern nun auch im Handeln. Das gilt für Verbraucher, für Menschen die in Wirtschaft und Industrie entscheiden und natürlich auch für Politiker, kurz, daß wir unser Handeln in Erkenntnis umsetzen, daß wir im Keller keine zweite Erde in Reserve haben.

Zweitens, daß es wirkliche Gerechtigkeit im menschlichen Zusammenleben gibt. D.h., daß nicht ein Land ein anderes ausbeuten kann und wir so sehr reiche Länder haben neben bitter armen, wo Menschen verhungern oder kaum das Notwendigste zum Leben haben, daß nicht ein Mensch seinen Wohlstand auf Kosten anderer erreicht, daß wir keine Männergesellschaft mehr haben, sondern Frauen selbstverständlich auf allen Ebenen mitgestalten und mitbestimmen, daß für Menschen, die sich nicht so gut ausdrücken bzw. sich nicht selbst helfen können selbstverständlich mitgesorgt wird und dies nicht immer wieder erkämpft werden muß.

Drittens, daß meiner Familie und auch mir unsere neue private Situation so gut gefällt, wie wir es uns ausmalen - mein Mann wird ja die Rolle des Hausmannes und erziehenden Vaters übernehmen.

K.: Frau Mehl, wir danken Ihnen für das Gespräch.

Impressum: Kontakte
Sozialdemokratische Bürgerzeitung
für Kronshagen
Herausgeber: SPD Kronshagen
V.i.S.d.P.: Cord P. Lubinski
Elsa-Brandström-Str. 12, T. 54 27 58
Anzeigen: B. Adler-Schmidt,
Telefon 58 15 16
Druck: MartinDruck, Kiel

Spiellothek feiert 10 jährigen Geburtstag

Ihren 10jährigen Geburtstag feierte die Spiellothek Kronshagen mit einem Spielfest drinnen und draußen. Karin Jahncke, die Leiterin der Spiellothek, und Marta Sakmirda, die Vorsitzende des Trägers Arbeiterwohlfahrt, erinnerten an Ursprung und Entwicklung der Einrichtung und der Idee. Viele Geburtstagsgäste, darunter Ehren-

bürgerin Ida Petersen, Ute Erdsiek-Rave, MdL, Bürgermeister Dr. Darsow und Vertreter der Schulen gratulierten und schenkten Spiele und "Spielgeld".

Die "Bigband" des Gymnasiums sorgte trotz klammer Finger (im Freien) für fröhliche und feierliche Musik.

FLATH

Sanitärtechnik Gasheizungen
Bauklempnerei Einbauküchen

Schreberweg 4 · 2300 Kronshagen/Kiel
Fernruf (04 31) 58 30 99

Was wird aus den Bundeswehr-Standorten nach Reduzierung?

SPD-Fraktion stellt umfassenden Antrag im Kreistag

"Wir alle freuen uns über den Rüstungsabbau weltweit und besonders darüber, daß die Konfrontation zwischen OST und WEST viel rascher abgebaut worden ist, als jemals zu erwarten war", stellte SPD-Fraktionsvorsitzender Dieter Ellefsen, Büdelsdorf, im Kreistag am 8.10.90 fest. "Doch was wird aus den Arbeitsplätzen der Soldaten und der zivilen Beschäftigten sowie der nachrangig Betroffenen? Hat sich der Bundesverteidigungsminister auch darüber Gedanken gemacht oder wartet er zunächst die Bundestagswahl am 2.12.90 ab?" fragte Ellefsen weiter kritisch. Er wies eindringlich darauf hin, daß es durch den Personalabbau der Bundeswehr insbesondere im Kreis Rendsburg-Eckernförde zu wirtschaftlichen, sozialen, finanziellen und arbeitsmarktpolitischen Veränderungen kommen werde, denen frühzeitig begegnet werden müsse. "Wahltaktische Überlegungen, wie sie Dr. Stoltenberg zur Zeit betreibt, sind völlig fehl am Platze und gehen an den Bedürfnissen unserer Einwohnerinnen und Einwohner vorbei", stellte Ellefsen unmißverständlich fest.

Der Kreistag beschloß dann auch auf Antrag der SPD-Fraktion, die Bundesregierung aufzufordern, eine Bestandsaufnahme und Analyse der militärischen Standorte des Kreisgebietes vorzulegen und öffentlich zu machen, die Auskunft über kurz- und mittelfristig geplante Auflösungen, Zusammenlegungen und Verlegungen von Bundeswehreinheiten gibt.

Darüberhinaus beschloß der Kreistag, die Bundesregierung aufzufordern, in Zusammenarbeit mit dem Land Schleswig-Holstein, dem Kreis Rendsburg-Eckernförde und den Städten und Gemeinden unverzüglich ein Konversionsprogramm zum Ersatz militärischer Dienstposten in zivile Arbeitsplätze vorzulegen.

Um diesen Beschlüssen und Forderungen Nachdruck zu verleihen, beschloß der Kreistag, eine öffentliche Anhörung über die arbeitsmarktpolitischen Folgen der Abrüstung durchzuführen. In dieser Anhörung sollen insbesondere Stellung nehmen: der Bundesverteidigungsminister Dr. Stoltenberg, das Land Schleswig-Holstein, die Bürgermeister/Bürgermeister der betroffenen Städte und Gemeinden, Vertreter der Gewerkschaften und der Unternehmer sowie die Arbeitsverwaltung.

"In dieser Frage ist ganz besonders der CDU-Bundestagsabgeordnete Dr. Stoltenberg für unseren Kreis gefordert, wenn er glaubwürdig bleiben will", stellte der SPD-Fraktionschef zum Schluß unmißverständlich fest.

Dieter Ellefsen

Die SPD in Güstrow

Eine überraschende Einladung brachte den Stein ins Rollen und die SPD Kronshagen entsandte kurzentschlossen eine Delegation zur Wahlkampfhilfe in die Barlach-Stadt. Mit den Farben der schleswig-holsteinischen Landesfahne wußten die Güstrower zunächst wenig anzufangen, erst durch das Aufstellen von "Björn-Engholm"-Plakaten wurden wir erkannt. Das Bild zeigt Gemeindevertreter Achim Lausmann (li.) und Kronshagens Vertreter im Finanzausschuß des Kreistages, Thomas Engel (re.), vor dem völlig veränderten früheren "HO"-Laden in der Güstrower Südstadt.

Einwohnerversammlung in Kronshagen

Zur ersten Einwohnerversammlung in Kronshagen am 6. November hatte die Gemeinde ihre Bürger nur sehr bescheiden unter der Rubrik amtliche Mitteilungen der KN eingeladen. So versteckt und ganz ohne Highlights auf der Tagesordnung war das Interesse der Bürger nur gering gewesen. Dabei hätten die Bürger hier die Gelegenheit gehabt, Vorschläge und Anregungen an die Gemeindevertretung und Verwaltung zu leiten. Themen gibt es in Kronshagen ja genug. Sei es die ständig zunehmende Verkehrsbelastung, sei es die Frage des Baus von Parkplätzen auf dem Friedhof Eichhof an der Kopperpähler Allee oder die Neugestaltung des Ortszentrums um das alte Feuerwehrhaus. Aber die Gemeinde bietet auch neben dieser Einwohnerversammlung ihren Bürgern Gelegenheit, ihre Anregungen und ggf. Forderungen ihren gewählten Vertretern vorzutragen. Auf jeder Sitzung der Gemeindevertretung können die Kronshagener Bürgerinnen und Bürger Fragen an die Vertretung und Verwaltung stellen und den Gremien Anregungen für Aktivitäten geben.

RIEPEN

Die beste Antwort auf den Durst

2300 Kiel-Kronshagen, Eckernförder Straße 282, Tel. 54 15 89

Unser Service: Über 150 verschiedene Biersorten, von der Flasche bis zum 50 Liter-Faß! • Jede Woche neue tolle Sonderangebote!
Kommissionskauf: Einkufen - Feiern — nicht benötigte Ware zurück
— Geld zurück! • Kostenloser Pkw-Anhänger bei Großeinkauf.

Wir nehmen fast jedes Leergut an (auch Einzelflaschen)
Unsere Öffnungszeiten: Mo—Fr 9.00—18 Uhr durchgehend
Sonnabend 8.30—13 Uhr

UNSER ERFOLGREICHES DOPPEL:

RENAULT 19+RENAULT 19

Fließheck

Chamade

von 43 kW (58 PS) bis 99 kW (135 PS) · Natürlich geregelter Kat. nach US-Norm. Kultivierte, großzügige Ausstattung serienmäßig.

Unser Preis DM **18 970,-**
RENAULT 19 TR, 3t., 43 kW (58 PS)

Unser Preis DM **19 790,-**
RENAULT Chamade TR, 43 kW (58 PS)

Günstige Finanzierungs- und Leasing-Angebote über die RENAULT-BANK
HERZLICH WILLKOMMEN ZUR PROBEFAHRT!

Autohaus SÜVERKRÜP

Holzkoopelweg 18, An der Kieler Auto-Meile, 2300 Kiel, Tel. 0431/1690942-44

RENAULT Autos zum Leben.

Sonntag Schautag
von 10 bis 17 Uhr*
* kein Verkauf, keine Beratung
keine Probefahrten

Seniorenbeirat kommt

Seit einiger Zeit befassen sich die Gemeindegremien mit der Einrichtung eines Seniorenbeirats in Kronshagen. Erste Vorgespräche haben bereits im vergangenen Jahr stattgefunden. Am 4. Dezember wird nun der Sozialausschuß mit den interessierten Verbänden über deren Vorstellungen der Ausgestaltung eines solchen Beirats sprechen. Dabei geht es unter anderem um den Wahlmodus, die Zusammensetzung und um die konkreten Miwirkungsmöglichkeiten. Im kommenden Jahr dürfte dann die Gemeindevertretung die entsprechenden Beschlüsse fassen.

Wir fahren Sie zur Wahl:

A. Lausmann

54 88 32

B. Adler-Schmidt

58 15 16